

# Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2008

Nr. 11 · 4. Jahrgang

## Wahl-Nachlese

**3** Potsdams Zukunft  
liegt links von der Mitte

## Potsdam-Mitte

**6-8** Holländisches Viertel, Groß Glienicke,  
Jugendkulturkrise in der Innenstadt

## Kultur & Bildung

**9** Poet und Politiker –  
Johannes R. Becher

## DIE LINKE „gegen neue Tagebaue“

Volksbegehren braucht 80.000 Unterstützerunterschriften für Energiewende und Klimaschutz

Der Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE.Potsdam Pete Heuer war der erste Potsdamer Politiker, der das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ im Stadthaus unterschrieben hat. In der Zwischenzeit haben schon einige PotsdamernInnen ihre solidarische Unterschrift geleistet. Rechts neben dem Eingang sowie im Hause sind auch Hinweisschilder angebracht, damit jeder Bürger den Weg zum Eintragungsraum (Nr. 11) im Bürgerbüro findet. So auch am 23. Oktober (Foto) der Landesvorsitzende der LINKEN Thomas Nord und der Landesvorsitzende des BUND, Burghard Voß, sowie Mitglieder der Linksfraktion der Potsdamer SVV.

DIE LINKE ruft die Potsdamerinnen und Potsdamer auf, sich mit ihrer Unterschrift für eine Energiewende und für Klimaschutz auszusprechen. Die Braunkohle-nutzung zerstört nicht nur das Klima, sondern auch den Wasserhaushalt, das Lebensumfeld vieler Menschen und den Lebensraum von Pflanzen und Tieren.

Es geht nicht um einen Ausstieg von



heute auf morgen. Die genehmigten Tagebaue verfügen über eine Fördermenge von 1,3 Milliarden Tonnen Braunkohle. Es geht um eine mittelfristige und sozial

verträgliche Beendigung bei gleichzeitiger Bereitstellung von ausreichend Energie aus CO<sub>2</sub>-neutralen oder CO<sub>2</sub>-freien Energiequellen. Das ist machbar und zum Erreichen der Klimaschutzziele auch unverzichtbar.

Auch die Stadt Potsdam wird sich in den nächsten Jahren der Verantwortung stellen müssen. Die Stadtwerke verweisen zu Recht auf die vorbildliche Anwendung der Kraft-Wärme-Kopplung. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit Gas ein fossiler Brennstoff zur Anwendung kommt. Weiterhin sind im Bereich der Energieeinsparung noch viele Potenziale auszuschöpfen.

(Lesen Sie UNTEN und SEITE 5)

### NEU: [www.die-linke.de/wahlen](http://www.die-linke.de/wahlen)

Sie haben die Wahl! 2009 finden Wahlen in Kommunen, Ländern, im Bund und in Europa statt. Seit Anfang des Monats Oktober sind die Wahl-Seiten der Partei DIE LINKE online. Hier gibt es O-Töne zu allen wichtigen Themen, aktuelle Video-Clips, umfangreiche Interviews von Kandidatinnen und Kandidaten sowie Informationen und Hintergründe zu den anstehenden Wahlkämpfen. In der Rubrik 60+ finden Sie zum Beispiel den brandaktuellen Podcast mit dem Ministerpräsidentenkandidaten für Thüringen, Bodo Ramelow. Selbstverständlich werden die Seiten aktualisiert und erweitert. Anklicken, informieren, wählen!

## Jede Unterschrift zählt – am besten gleich!

Das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ braucht 80.000 Unterstützerunterschriften. Deshalb bitte ich alle Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der LINKEN in ihrem zuständigen Meldeamt, ihre Unterschrift zu leisten. Und am besten gleich heute, denn politisch am wirkungsvollsten sind wir, wenn wir möglichst schnell möglichst viele Unterschriften erzielen. Deshalb

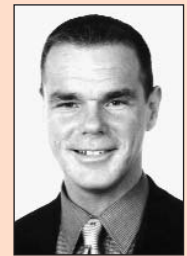
wartet bitte nicht lange – sondern unterschreibt noch HEUTE!

Und noch etwas: Geht nicht allein! Wenn jeder Genosse, jede Genossin sieben weitere Unterstützer mitnimmt, nehmen wir die Hürde mit Sicherheit. Unter dem Motto „Wir sind ein Zehntausendstel“ kann jeder so einen wirklichen Beitrag leisten, damit am 9. Februar 80.000 Unterschriften zusammengekommen sind.

Es geht um einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung! Es geht um aktiven Klimaschutz! Es geht um den Erhalt von vier Lausitzer Orten, die sonst der Kohle weichen müssten. Es geht um die Zukunft einer ganzen Region!

Thomas Nord  
Landesvorsitzender der LINKEN

### Auf ein Wort...



## Im Herzen der Stadt

Von Marten Klinger,  
Vorsitzender der „Interessengemeinschaft Holländisches Viertel Potsdam“ e.V.

Unser Potsdam bietet nicht nur Schlösser und Gärten von internationalem Rang. Ein großer Anziehungspunkt ist sicherlich auch das Holländische Viertel als lebendiger Ort im Herzen der Stadt.

Diese Besonderheit ist gleichzeitig Verpflichtung und Herausforderung: Die Interessen der Anwohner, der Eigentümer, der Hoteliers, der Gastronomen, der Dienstleister, der Gewerbetreibenden und der Kulturschaffenden im Holländischen Viertel müssen berücksichtigt werden. Dieser Herausforderung stellt sich die „Interessengemeinschaft Holländisches Viertel Potsdam e.V.“ und lädt alle Interessierten ein, gemeinsam zu diskutieren.

(Siehe auch  
SEITEN 6 und 7, d. Red.)

Weitere Informationen erhalten Sie beim Vorsitzenden Marten Klinger:  
0172 – 312 64 47.

# Auch eine Halbwahrheit kann eine Lüge sein

Fürs Erste scheint es überstanden. Der Oktober ist bald vorüber und dann wird man sich im November erinnern und wieder im nächsten Jahr – weil: Da gibt es so schöne Erinnerungstage, die auch noch „rund“ daherkommen.

Also 2009 wird das Jahr der Jubiläen: Gründung der DDR, Fall der Mauer – vielleicht findet man noch einiges dazu – auf jeden Fall wird wieder ein Kampf geführt – der Kampf um die Deutungshoheit.

Und wo gehobelt wird, da fallen Späne, eine Binsenweisheit, ich weiß. Aber übersetzt heißt das: wo Geschichte „aufgearbeitet“ oder auch nur erzählt wird, da wird ergänzt oder vergessen, neu bewertet oder verworfen.

Nun ist es etwas anderes, wenn du und ich sich erinnern – das bleibt in der Familie und im Freundeskreis. Die Bestätigung oder auch der Widerspruch hält das Rad der Geschichte nicht auf, soll heißen, erschert keinen.

Anders ist das bei Abgeordneten, Profigeschichtsaufarbeitern, bei großen und kleineren Wichtigtuern in diversen Talkrunden, für deren Weisheiten wir auch noch Fernsehgebühren berappen müssen.

Einen Vorgeschmack gab es kürzlich im Landtag Brandenburg zu erleben. Der CDU-Fraktion sei gedankt. Ihr fiel pünktlich zum Jahrestag der Titel einer Aktuellen Stunde ein. „18 Jahre Land Brandenburg – 18 Jahre Deutsche Einheit.“ Sie war gerade dran – die CDU-Fraktion – mit dem Auswählendürfen von Titeln. Und der passte so schön.

Geredet wurde viel – eine Stunde lang. Über 18 Jahre Erfahrungen, Gewinne, Entbehrungen, Leistungen und Versagen weniger – vielmehr über die 40 Jahre davor: 40 Jahre DDR.

Immer nach solchen Diskussionen, nach dem Ertragenmüssen solcher Qualitäten frage ich mich, warum ich eigentlich immer wieder zurückgeworfen werde, auf ein Bild, das ich von „meiner DDR“ einmal hatte, das all die schmerzhaften Erkenntnisse eigenen Versagens auszuschließen droht, all die erkannten Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit und nur das Gefühl bleibt, ich müsse etwas von meinem und dem Leben anderer verteidigen gegen so viel Unwissenheit, Halbwahrheit und Lüge.



Selbst etwas, was ich in anderer Runde nicht verteidigen würde. Und das ist es, was mich wütend macht.

Ein Beispiel (zum CDU-Fraktionsvorsitzenden äußere ich mich nicht – ich bin immer wieder erstaunt, wozu es Menschen heutzutage alles bringen können). Der Fraktionsvorsitzende der SPD, G. Baaske, sprach über das Bildungssystem. Heute, so Baaske, könne jeder, der will, Abitur machen. Flott gesprochen. Vergessen zu sagen hat er, dass ein Abitur nicht die erlangte Hochschulreife zeigt, sondern den Zugang zu einer Berufsausbildung erleichtert.

Früher – in der DDR – war das alles anders. Männliche Abiturbewerber mussten nicht nur linientreu sein (also bereit sein, staatstragend zu werden) – nein, wer nicht zur Armee wollte, hatte die Chance gar nicht erst.

Wörtlich: „Wir hatten... relativ wenige Kids, die in der Lage waren oder denen es überhaupt erlaubt wurde, Abitur zu machen. Wenn man als Junge in der DDR ein Abi haben wollte, dann sollte man am besten vorher sagen, dass man Offizier der NVA – der Nationalen Volksarmee – werden wollte. Dann hatte man gute Karten gehabt.“

Frau Hartfelder (CDU): „Richtig. Sobald es jedoch in die Richtung technischer Beruf ging, sah es sehr mies aus.“

Naja – Kritik musst du ertragen können, habe ich mir gesagt, und denen zu nahezutreten, die unter den ideologischen Zwängen der DDR ihre Bildung erwerben mussten, liegt mir fern – obwohl meine Erfahrungen ganz andere sind.

Also habe ich mal im Handbuch des

Brandenburgischen Landtages geblättert und die männlichen Abiturienten gesucht.

Interessant. Sehr interessant.

Das Ergebnis meiner Recherche knapp zusammengefasst: Entweder all die männlichen Mitglieder des Landtages waren die viel gerühmten Ausnahmen, oder sie haben ihre Männlichkeit zu DDR-Zeiten geschickt verbergen können.

Die Zeiten zwischen dem Abitur und dem Beginn des Studiums hätten maximal für den Grundwehrdienst gereicht, wenn er überhaupt geleistet wurde. Das geht nämlich aus den wenigsten Kurzbiografien hervor.

Breit gestreut sind auch die Universitäten und Hochschulen: Pädagogische Hochschule Potsdam, Humboldt-Uni (mehrfach), Uni Rostock, Technische Fachhochschule Leipzig, TH Ilmenau, ASR Potsdam, PH Güstrow – um nur einige zu nennen.

Natürlich – ich will fair sein – es gibt auch Ausnahmen. Da gibt es einen Abgeordneten, der vom Theologiestudium exmatrikuliert wurde (wegen Wehrdienstverweigerung) und ein Jahr später das Theologiestudium an den Kirchlichen Hochschulen Naumburg, Leipzig und Berlin zu absolvieren begann. Oder einen anderen, der nach dem Abitur als Bausoldat diente und sein Studium im Fernstudium absolvierte.

Einer (!) hat nach dem Abitur als Zeitsoldat gedient – der allerdings kam erst mit der Wende, besser nach der Jahrtausendwende ins Land Brandenburg. Also ein Beweis für die These von Herrn Baaske ist der auch nicht.

Damit wir uns richtig verstehen.

Ich weiß, dass es vielerlei Gründe zur Unzufriedenheit mit der DDR geben konnte und gegeben hat. Die anderer Menschen waren nicht die meinen, weil ich (wie viele in meinem Umfeld) immer eine bessere DDR wollte – was so einfach wiederum nicht war – aber wer das Leben so darstellt, wie in der Landtagssitzung geschehen, muss eben auch mit so einfachen Antworten rechnen.

Ergo: „...weil jeder seine Wahrheit hat, sind Hoheitsgebiete auch nur Durchgangsgegenstände.“ (Hans-Dieter Schütt, ND vom 21.10.2008).

Rolf Kutzmutz

Redaktionsschluss für die  
Dezemberausgabe ist am  
21. November 2008.

Die Zeitung erscheint am  
2. Dezember.

## IMPRESSUM

### „Potsdams andere Seiten“

Die Linke ◀ Monatszeitung  
für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand  
DIE LINKE, Potsdam; **Pete Heuer**,  
Vorsitzender, Alleestr.3, 14469  
Potsdam.

**REDAKTION:** medienpunkt pots-  
dam; Hessestraße 5, 14469 Pots-  
dam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.);

**Rainer Dyk**, Redakteur; **Jens Hör-  
nig**, Reisen, Service; **Renate**

**Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.:  
0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;

email: pas.redaktion@gmx.net;  
**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Mittelbran-  
denburgische Sparkasse, Kto-Nr.  
3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für  
12.000 LeserInnen. Nachdruck,  
auch auszugsweise, nur mit  
schriftlicher Genehmigung der

Redaktion. Veröffentlichungen,  
die nicht ausdrücklich als Stellung-  
nahme des Kreisvorstandes

und/oder der Redaktion gekenn-  
zeichnet sind, stellen die persönli-  
che Meinung des/der AutorIn dar.

Für unverlangt eingesandte Ma-  
nuskrifte bzw. Fotos kann keine

Haftung übernommen werden.  
Für die Veröffentlichung von Les-  
erpost behält sich die Redaktion

das Recht sinnwahrer Kurzun-  
gen vor.

**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv

**DRUCK:** OSSI-Druck Brande-  
nburg.

## Unternehmens-TÜV gefordert

Glücksspiel um Geld ist in Deutschland verboten. Ausnahme: wenn überhaupt, dann nur unter strengster staatlicher Aufsicht. Das galt aber offenbar nur für die „vergleichsweise kleinen Beträge“, um die man beim Roulette oder Lotto spielt.

Die in der Bevölkerung bislang als besonders seriös geltenden Banken und Versicherungen haben mit dem Geld ihrer Kunden dagegen mit gigantischen Summen hemmungslos gezockt – und

verloren! Die Finanzjongleure hätten die Weltwirtschaft in einen tiefen Abgrund gestürzt, würden nicht Steuerzahler nun weltweit mit unvorstellbaren Geldbeträgen dagegenhalten. Ganz auszubügeln sind die Folgen der gigantischen Spekulation leider nicht. Und wie so oft, gehört der Mittelstand mit erschwerter Kreditgewährung, verlorenen Altersrücklagen u.a. wieder zu den Leidtragenden.

Deshalb fordert die Landesarbeitsgemeinschaft linker Unternehmer einen

„Unternehmens-TÜV“: Unternehmen, deren überwiegender Zweck die (glückspielähnliche) Beteiligung an Spekulationsgeschäften ist, gehören aus dem Verkehr gezogen! Das Grundgesetz – wonach Eigentum dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll (Art. 14) – ist endlich in der Praxis umzusetzen.

Uwe Richter

Sprecher der LAG

Linker UnternehmerInnen



# Potsdams Zukunft liegt LINKS von der Mitte

Die Wählerinnen und Wähler haben am 28. September ihre Stimme darüber abgegeben, welche Kandidatinnen und Kandidaten welcher Parteien die neue Stadtverordnetenversammlung bilden. Im Vergleich zur letzten Kommunalwahl im Jahr 2003 hat es Veränderungen bei den einzelnen Parteien und Gruppierungen gegeben. Die CDU verliert 7,4% (-3 Sitze), die SPD gewinnt 4,2% (+4 Sitze), DIE LINKE verliert 2,7% (Sitze gleich), die FDP gewinnt 2,3% (+2 Sitze), Bündnis 90/Die Grünen gewinnt 2,1% (+2 Sitze), die Andere gewinnt 1,1% (1 Sitz). Damit hat es lediglich bei der CDU einen deutlichen Einbruch gegeben. Dieser wird durch das Zusammengehen mit dem Vertreter des Aktionsbündnisses Nord/West (zusammen 8 Sitze) aber teilweise abgefangen, wie auch die Fraktionsbildung von FDP und Familienpartei (zusammen 5 Sitze) in diesem Spektrum zu einer Stärkung beiträgt.

## Potsdamer „Farbenlehre“

Damit verändert sich an der Grundkonstellation nicht viel, aber der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Die wegen der gestiegenen Einwohnerzahl auf 56 Sitze vergrößerte Stadtverordnetenversammlung ließe sich mit einer Mehrheit von mindestens 28 Sitzen zzgl. der Stimme des Oberbürgermeisters entweder in einer stabilen Konstellation oder mit wechselnden Mehrheiten regieren. Rein rechnerisch ergibt sich eine denkbare stabile Mehrheit wie folgt: rot-rot (32 + 1 Stimmen) oder SPD-CDU und/oder FDP/Familienpartei-B90/Die Grünen (28+1/33+1 Stimmen). Für DIE LINKE reicht es auch zusammen mit der Anderen für eine Mehrheit nicht aus (zusammen 20 Stimmen).

## Wechselnde Mehrheiten

Da es sich hier um die Zeitung der LINKEN handelt und der Autor Kreisvorsitzender und Stadtver-



ordneter ist, soll die Frage darauf beschränkt bleiben, wie die Wahlziele der LINKEN in den nächsten Jahren in der Stadtpolitik umgesetzt werden können. Nüchtern rechnerisch betrachtet, gibt es dazu zwei Optionen – entweder bei wechselnden Mehrheiten oder durch rot-rot.

Für wechselnde Mehrheiten außerhalb rot-rot ergeben sich wiederum folgende theoretische Konstellationen:

- DIE LINKE – Die Andere – B90/Die Grünen-FDP/Familienpartei (30 Stimmen)
- DIE LINKE – Die Andere – CDU (28 Stimmen)
- DIE LINKE – B90/Die Grünen – FDP/Familienpartei – Bürgerbündnis (30 Stimmen)
- DIE LINKE – CDU – FDP/Familienpartei/B90/Die Grünen (30/35 Stimmen)

## Abendfüllende „Programme“

Unter Beachtung der bekannten politischen Farbenlehre lassen die wechselnden Mehrheiten – sollen sie für die LINKE Form annehmen – einen aufwendigen Abstimmungsbedarf erkennen. Zur

Wahrheit der wechselnden Mehrheiten gehört nämlich auch, dass um diese dann zumindest auch die beiden Fraktionen SPD und CDU jeweils ringen werden. Daraus entsteht ein abendfüllendes Programm – unterstellt man, dass sich auch noch für die große Zahl von Einzelanträgen die Frage der Mehrheitenbildung jeweils neu stellt.

## Zusammenarbeit LINKE und SPD?

Realistisch erscheinen vor diesem Hintergrund die zwei Möglichkeiten der Bildung eines rot-roten Blocks oder eines bürgerlichen Lagers. Um die Frage also für DIE LINKE zu beantworten, wie sie ihre Wahlziele umsetzen möchte, bleibt als rechnerische erste Option die Prüfung einer Zusammenarbeit mit der SPD.

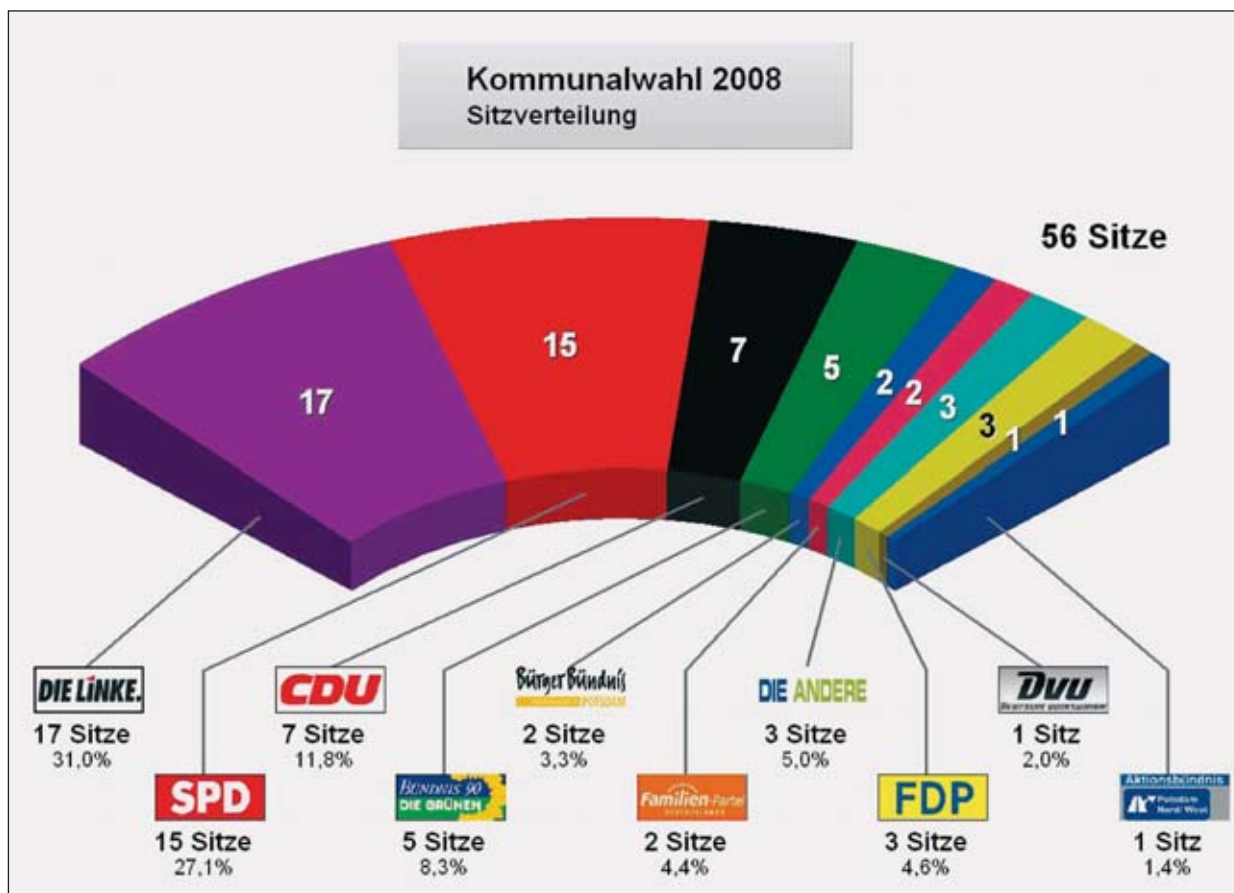
Was ist daran eigentlich so schwer und ungewöhnlich? Sowohl im Land Brandenburg (Landkreis Märkisch-Oderland), zwei Legislaturperioden in Mecklenburg-Vorpommern, vielleicht zukünftig als Tolerierungsmodell in Hessen, wie zuvor in Sachsen-Anhalt und vor allem auf der anderen Seite der Glienicker Brücke in Berlin ein inzwischen erprobtes und meist erfolgreiches Modell.

## Vertrauen schaffen

Ohne Frage – eine solche Zusammenarbeit kann sich nicht über Nacht ergeben. Gerade eben noch hat man sich im Wahlkampf wahrlich nichts geschenkt, wurde mit Haken und Ösen gearbeitet und auch verbal nicht gerade Florett gefochten. Umso besser, wenn sich die Spitzen beider Parteien dennoch an einen Tisch gesetzt haben. Der kleinste

gemeinsame Nenner heißt nun „Vertrauen schaffen“. Fakt ist, die Potsdamerinnen und Potsdamer haben nicht mehrheitlich konservativ gewählt. Das muss sich dann auch in der Politik widerspiegeln. Erste Themenfelder wurden beschrieben: Haushaltskonsolidierung, Kita- und Schulsanierung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Jugendkultur. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen SPD und LINKE bedeutet übrigens nicht, dass andere Parteien ausgegrenzt werden müssen – im Gegenteil. Was auf Landesebene SPD und CDU praktizieren – keine Zustimmung zu Anträgen der LINKEN – ist schon dort ein untaugliches Mittel, aber auf kommunaler Ebene erst recht. Dennoch meine ich, Potsdams Zukunft liegt links von der Mitte – manchmal dauert es einfach etwas länger.

Pete Heuer, Kreisvorsitzender DIE LINKE Potsdam



## Dortu's Hoffnung auf die Berliner

November 1848

Am 05. November 1848, wenige Tage nach dem zweiten demokratischen Kongress aus Berlin (vgl. 26. – 30. 10. 1848) zurück, sieht der Potsdamer Revolutionär Maximilian Dortu für seine Stadt keine Möglichkeit mehr, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen. Er wendet sich deshalb verzweifelt in einem Flugblatt an die Berliner um Hilfe.

Dortu schildert die Situation in Potsdam. Am 01. November war eine Volksversammlung und am 03. November eine Sitzung des politischen Vereins „...durch brutale Gewalt aufgehetzter Garde du Corps auseinander getrieben

...“ worden. Aber auch die Behörden waren gegen die Revolutionäre zu Felde gezogen: Am 15. und 29. Oktober sowie am 05. November waren Versammlungen untersagt worden, „...weil nach der Meinung des Oberpräsidenten Potsdams hier eine aufgeregte Stimmung herrschen soll.“ Voller Empörung berichtet Dortu weiter, dass am 03. November die Regierung in Potsdam beschloss, dass in Potsdam nie mehr eine Volksversammlung unter freiem Himmel stattfinden darf.

Dortu, der weiß: der „...Absolutismus tritt nicht mehr unter der Maske konsti-

tutioneller Formen auf, nein: er ist da, nackt und klar, wie vor...“ dem Ausbruch der Revolution am 18. März 1848.

Unter diesen Bedingungen muss Maximilian Dortu bekennen: „Wir sind zu schwach, uns selbst zu helfen“ und er bittet die Berliner Bevölkerung: „Unsere Hoffnungen sind auf Dich gestellt!“

Dort aber hatte die Reaktion – nicht weniger als in Potsdam – bereits für „Ruhe und Ordnung“ gesorgt. Zu gemeinsamen Aktionen der Potsdamer und Berliner kam es nicht mehr. Die Herrschenden hatten die Revolution abgewürgt.

## Suppenküche 1923 – täglich ein Liter

November 1923

Der durch das wilhelminische Deutschland entfesselte erste Weltkrieg hatte auch das deutsche Volk in Not und Armut zurückgelassen.

Die materielle Lebenssituation vor allem der sogenannten „kleinen“ Leute nahm katastrophale Züge an. Auch in Potsdam machte sich das Elend breit – Arbeitslosigkeit und damit ein stark re-

duziertes Einkommen gehörten bereits zu den Alltagserscheinungen.

Kein Wunder, dass am 24. Oktober 1923 deshalb etwa 1.000 Arbeitslose – vorrangig aus dem Proletariemilieu Nowawes – unter der Losung „Gebt uns Arbeit und Brot!“ demonstrierten. Der Potsdamer Magistrat sah sich nun gezwungen, Maßnahmen einzuleiten, die die Bevölke-

rung wieder beruhigen würden. So wurde am 03. November 1923 eine „Notküche für Erwerbslose“ eingerichtet. Zum halben Selbstkostenpreis wurde pro Erwachsenen täglich ein Liter Suppe abgegeben. Die soziale Not wurde damit zwar nicht beseitigt, doch der Hunger ein wenig gemindert.

## Das erste Opfer unter den Künstlern – der Schauspieler Hans Otto

November 1933

Am 24. November 2008 gedenken wir der Ermordung des Schauspielers Hans Otto vor 75 Jahren. Seit dem 07. Oktober 1952 trägt das Potsdamer Theater seinen Namen.

Sie müssen ein gutes Paar gewesen sein – der schauspielerisch begabte Hans Otto und der wortgewandte Erich Kästner. Sie besuchten eine Schulklasse. 1921 begann die Karriere Ottos am Künstlertheater Frankfurt/Main. Gera und Hamburg waren weitere Stationen seiner Laufbahn. 1930 war der 30-jährige Hans Otto an das Berliner Staatstheater geholt worden und begann unter Otto Jessner seinen großen Aufstieg. An der Seite von Gustaf Gründgens und Werner Krauß war er zu sehen. Er brillierte in den Rollen jugendlicher Helden, besonders in den klassischen Dramen Goethes und Schillers. Beim Publikum war der temperamentvolle Schauspieler bald beliebt und in Künstlerkreisen geachtet.

1933 wurde für ihn das Jahr des Bekenntens. Als Kommunist hatte er sich u. a. in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) engagiert und setzte diese Arbeit auch nach dem Zerschlagen der deutschen Gewerkschaftsbewegung am 02. Mai 1933 fort.

Den braunen Machthabern wäre ein so guter Schauspieler für ihre ideologischen Zwecke und Ziele gerade recht gewesen, doch Hans Otto blieb seiner politischen Überzeugung treu. Bereits im Februar 1933 wurde ihm gekündigt, und am 23.



Mai stand er letztmalig auf der Bühne. Zwar rieten ihm Freunde, Deutschland schnell zu verlassen, doch er blieb.

Am 13. November 1933 verschleppte ihn die SA. Elf Tage später erlag Hans Otto den Verletzungen, die er durch schrecklichste Folterungen erlitten hatte – seine Mörder hatten ihn aus dem dritten Stock

einer SA-Kaserne in der Berliner Voßstraße gestoßen, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Er verstarb in einem Berliner Krankenhaus.

Hans Otto war das erste Opfer des Nationalsozialismus in Künstlerkreisen. Auf dem Stahnsdorfer Friedhof wurden seine sterblichen Überreste beigesetzt. Klaus Mann setzte ihn in seinem 1936 erschienenen Roman „Mephisto“ ein Denkmal.

Ein Denkmal für Hans Otto wurde auch das damalige Landestheater Potsdam. Ebenso fühlte sich der Zentralvorstand der Gewerkschaft Kunst dem Schauspieler Hans Otto verpflichtet. Am 10. April 1954 zeichnete der Zentralvorstand der Gewerkschaft Kunst das Hans-Otto-Theater mit einer Prämie von 1.000,- DM für die gute Arbeit des „Hans-Otto-Klubs“ aus. Dieser Klub diente „...der gesellschaftlichen und fachlichen Qualifizierung und der Pflege des gesellschaftlichen Lebens der Mitarbeiter...“

Und es gab gar einen Hans-Otto-Wettbewerb. Am 21. Juni 1968 wurde das Hans-Otto-Theater durch den Vorsitzenden der Gewerkschaft Kunst, Hans-Peter Minetti, und den Stellvertretenden Minister für Kultur der DDR, Dr. Wilhelm Maaß, mit einem Sonderpreis in eben diesem Wettbewerb ausgezeichnet.



## Brandenburgs Zukunft sinnvoll gestalten statt Politik für Konzerngewinne

Interview mit Thomas Nord, Vorsitzender der LINKEN Brandenburg

### Die LINKE hat sich zum Bündnis gegen die Braunkohle bekannt. Warum?

Es ist kein Bündnis gegen Braunkohle. Es ist eine Volksinitiative gegen den Aufschluss neuer Tagebaue und für eine zukunftsfähige Energiepolitik. Dieser Teil wird häufig weggelassen, ist aber ein wichtiger Bestandteil, weshalb wir das Projekt unterstützen. Wir wollen Brandenburgs Zukunft sinnvoll gestalten, die Dörfer retten, Klima sowie Umwelt schützen und Landespolitik nicht zum – wahrscheinlich auch noch untauglichen – Hilfsmittel für die Sicherung von Gewinnen großer Stromkonzerne machen.

Die Volksinitiative ist im Übrigen in der Lausitzer Region entstanden. Wir haben sie nicht erfunden. Oft wird praktisch so getan, als würde das Volksbegehren verschwinden, wenn DIE LINKE aussteigt. Das ist ein schwerer Irrtum, weil sich eben nicht nur die lokalen Betroffenen organisiert haben, sondern weil sich auch Umweltverbände und die Grünen eingebbracht haben.

### Wie schätzen Sie die Chancen des Volksbegehrens ein? Glauben Sie an die notwendigen 80 000 Unterschriften?

Ich kann zwei Argumente sagen, warum ich daran glaube. Erstens, weil in Brandenburg nach Umfragen eine Mehrheit, d.h. 61 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, für den mittelfristigen Ausstieg und zwölf Prozent der Bürger für den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sind. Das allein sind hochgerechnet rund 250 000 Brandenburger. Zweitens haben wir vier Monate Zeit. Unsere Kampagne steht, wir arbeiten mit einer professionellen Agentur, wir haben entsprechende Mittel und wir haben einen hauptamtlichen Koordinator. Ich denke, wir sind gut aufgestellt!

### Welche Alternativen sehen Sie, um eine sichere Stromversorgung zu sichern?

Wir gehen davon aus, dass mit den vorhandenen und genehmigten Tagebauen der Weiterbetrieb der bestehenden Kraftwerke noch zirka 20 bis 30 Jahre möglich ist. Das halten wir für eine vernünftige Zeit, um Alternativen, vor allem auch für die jetzt noch in der Braunkohleverstromung Beschäftigten, aufzubauen. Möglichkeiten dafür gibt es und benötigen eine politische Lobby. Im Übrigen glaube ich sogar, dass wir nicht mal mehr so viel Zeit haben. Der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments hat vor kurzem beschlossen, dass die Zertifikate für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß komplett versteigert werden müssen, dass es keine Ausnahme für die Kohlekraftwerke geben wird. Lassen Sie das Zertifikat mal 50 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> kosten – bis zu 80 € werden für möglich gehalten. Nur für das Kraftwerk Jämschwalde z.B. heißt das 25 Millionen mal 50 – da kann sich jeder ausrechnen, was das für einen finanziellen Verlust für Vattenfall bedeuten würde. Und dieser Verlust kann nach dem Willen der EU schon ab dem Jahre 2013 eintreten.

### Aber Vattenfall investiert in großem Umfang in der Lausitz und setzt – wie auch die Landesregierung – auf neue Technik, die den Kohlendioxid-Ausstoß verringern soll.

Das mag ja aller Ehren wert sein, aber der Knackpunkt ist doch, dass niemand weiß, ob und wann diese Technologie je funktionieren wird und wie viel ihr Einsatz dann den Konzern kostet. Fest steht aber bereits jetzt, dass jede Tonne CO<sub>2</sub> teuer werden wird. Und das schon sehr bald, nämlich zehn Jahre, bevor die Technologie zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung überhaupt einsatzfähig sein soll. Was passiert, wenn ein Konzern plötzlich mit dem, was er produziert, keinen Gewinn mehr macht? Das kann man in diesem Land leider oft genug besichtigen. Ich wünsche mir das nicht, das sage ich hier ausdrücklich. Ich glaube aber nicht, dass der schwedische Staat für Verluste eintritt. Die Alternative wäre eine un-



gläubliche Erhöhung der Preise, was ebenfalls die Wettbewerbsfähigkeit von Braunkohlestrom auf Null senken kann.

### Das heißt, die Landesregierung setzt auf das Prinzip Hoffnung?

In einer politischen Auseinandersetzung, wo die Bundesregierung sagt, bis 2050 werden wir als Bundesrepublik aus der Braunkohleverstromung de facto aussteigen und eine entsprechende Politik auf EU-Ebene verfolgt, kann man als Landesregierung nicht so tun, als wenn das auf Brandenburg alles nicht zutrifft. Das Problem ist doch, wie die Landespolitik in dieser Situation agiert und reagiert. Ich finde, man darf den Lausitzern keinen Sand in die Augen streuen. Man muss den Menschen sagen, was da auf sie zurollt. Wenn dann die verantwortlichen Politiker – wie im Landtag geschehen – den Dialog verweigern, sind solche Reaktionen wie diese Volksinitiative zwingend notwendig. Dieser politische Gegendruck muss stattfinden, um deutlich zu machen, dass man so mit einer Region und den Leuten nicht umgehen darf. Auch um politischen Raum für eine Debatte über die Gestaltung von Alternativen beim unvermeidlichen Strukturwandel in der Region zu schaffen.

## Wie und wo kann man unterschreiben?

Wenn Sie das Volksbegehren unterstützen wollen, können Sie seit dem 10. Oktober 2008 bis 9. Februar 2009 im Rathaus Ihrer Gemeinde Ihre Unterschrift leisten. Bitte vergessen Sie dabei nicht den Personalausweis!

Im Rathaus liegen für das Volksbegehren amtliche Eintragungslisten aus. Die Behörden können im eigenen Ermessen entscheiden, ob und in welchem Umfang zusätzliche Öffnungszeiten festgelegt und zusätzliche Eintragungsräume eingerichtet werden. Bitte fragen Sie in Ihrem Rathaus nach oder informieren Sie sich auf der Internetseite [www.keine-neuen-tagebaue.de](http://www.keine-neuen-tagebaue.de)

Am Volksbegehren können sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Monat ihren ständigen Wohnsitz im Land Brandenburg haben und nicht vom Stimmrecht ausgeschlossen sind. Das Eintragsrecht kann nur bei der Abstimmungsbehörde



der Gemeinde ausgeübt werden, in der die alleinige Wohnung oder Hauptwohnung liegt. Die Behörde ist verpflichtet, vor jeder Eintragung die Eintragsberechtigung zu prüfen. Mitzubringen ist daher ein gültiges Ausweispapier mit Lichtbild (Personalausweis, Reisepass, Führerschein u. ä.). Wie schon bei der Volksinitiative muss die Eintragung den Namen, Vornamen, das Geburtsdatum, die Anschrift, die Unterschrift und das Datum der Unterschriftsleistung enthalten. Diese Eintragung kann nicht zurückgenommen werden.

### Wie kann man sonst noch helfen? – Weitersagen!

Sprechen Sie Ihre Freunde und Bekannten auf das Volksbegehren an. Je mehr Menschen von dem Eintragszeitraum bis 09. Februar 2009 wissen, umso größer ist die Chance, dass Brandenburg bald eine zukunftsfähigere Energiepolitik betreibt.

Das Jan Bouman Haus im Holländischen Viertel in Potsdam ist ein besonderes Kleinod der Potsdamer Baukunst. Es ist das erste städtische, für Immigranten gebaute Siedlungshaus des 18. Jahrhunderts, das komplett für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Das Holländische Viertel ist mit seinen niederländischen Bauformen eines der vielen Bauwerke, die von der preussischen Toleranzpolitik gegenüber den Einwanderern zeugen, die für den Aufbau der Mark Brandenburg angeworben worden waren. Das Giebelhaus mit seinem typischen Baustil weist, verglichen mit anderen Häusern in diesem Viertel, den größten Bestand originaler Bausubstanz aus der Zeit um 1735 auf. Das restaurierte Ensemble von Vorderhaus, Hof, Fachwerk-Hofgebäude und Hausgarten ist in seiner ursprünglichen Form erlebbar.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 13.00 bis 18.00 Uhr; Samstag und Sonntag sowie an Fest- und Feiertagen 11.00 bis 18.00 Uhr außer 24.12., 25.12. und 31.12.; des weiteren nach Absprache. Führungen mit Voranmeldung.

<http://www.hollaendisches-viertel.net/>

<http://www.hollaendisches-viertel-potsdam.de/>

## Stadt muss „Hausaufgaben“ erledigen

Das Holländische Viertel – Licht und Schatten/Von Pete Heuer

Es wird niemanden verwundern, dass auf die Frage, was im Vergleich mit anderen Städten in Potsdam besonders positiv auffällt, Assoziationen wie „schöne, alte Stadt“, „viele Parks“, „Seen, Wasser“ ... spontan genannt werden. An 12. Stelle einer Umfrage taucht dann als völlig eigenständiges Merkmal das „Holländerviertel“ auf. Das sollte Erfolgsgarant für touristischen und wirtschaftlichen Erfolg sein – könnte man meinen.

Das Viertel besteht aus vier Karrees mit 134 Backsteinhäusern im holländischen Stil – rote unverputzte Klinker, mit weißen Fugen, Fensterläden und zum Teil geschwungenen Giebeln. Das europaweit einzigartige Bauensemble wurde zwischen 1734 und 1742 für holländische Handwerker erbaut, die König Friedrich Wilhelm I. – der Soldatenkönig – nach Potsdam geholt hatte. Da diese aber nicht in der gewünschten Zahl kamen, zogen auch französische und preussische Handelsvertreter, Künstler und Soldaten in die Typenhäuser. Mit einem Augenzwinkern könnte man sagen, es war das erste Neubaugebiet Potsdams – wegen seiner einheitlichen und gesamtplanerischen Anlage. Den Bau des Viertels leitete Johann Bouman, von dessen Arbeit ein Museum in der Mittelstraße 8 zeugt. Exklusive Läden und gemütliche Cafés und Restaurants machen neben der Architektur das besondere Flair des Viertels aus. Dreimal im Jahr finden bekannte Feste statt: Das Tulpenfest im April, der Töpfermarkt im September und der holländische Weihnachtsmarkt (Sinterklaas).

### Viel privates Engagement

Maßgeblichen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hat der Förderverein zur Pflege Niederländischer Kultur in Potsdam e.V.. Aus der Satzung: „Der Verein fördert die Er-



haltung und Pflege niederländischer Baukunst und Kultur innerhalb der Kulturlandschaft Potsdams und ihres Umfeldes, insbesondere des Holländischen Viertels. Der Verein fördert die Erforschung der gemeinsamen Traditionen und die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse und Kenntnisse über den niederländischen Einfluss in kulturellen Veranstaltungen, Vorträgen, Ausstellungen, Publikationen, Informationsdiensten etc. in beiden Ländern.“ Überhaupt konnte das Viertel weitgehend im heutigen Glanz erstrahlen, weil es viel privates Engagement gab und gibt.

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. So haben sich zahlreiche Geschäftsleute in der Interessengemeinschaft „Holländisches Viertel e.V.“ zusammengeschlossen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund

schwieriger Bedingungen für unternehmerisches Handeln, die sich u.a. in der Eingruppierung als lediglich 1c-Lage widerspiegeln. Nicht ganz zu Unrecht fragen sich die Einzelhändler und Gastronomen, wieso die Ansiedlung eines Einrichtungshauses an anderer Stelle derart gefeiert wird, während hier die gleiche Zahl an Beschäftigten jeden Tag ums wirtschaftliche Überleben kämpft. So sind insbesondere die Außenbereiche in der Kurfürsten- und der Hebbelstraße zu wenig frequentiert.

Im Einzelhandelskonzept der Landeshauptstadt heißt es dazu: „Zwar bummeln einige Touristen durch das Holländische Viertel..., Einkäufe werden bislang jedoch erst in relativ geringem Umfang getätigt, auch weil viele Geschäfte sich zu wenig auf diese spezielle Zielgruppe



Die Benkertstraße.



Eine Baulücke.

Fotos: P. Heuer





Café-NACHlesen, Das Literaturcafé  
 Hebbelstr. 53, 14467 Potsdam, Tel. 58 18 44 37  
 Veranstaltungen November unter:  
[http://www.cafe-nachlesen.de/html/cafe\\_nachlesen\\_veranstaltung.html](http://www.cafe-nachlesen.de/html/cafe_nachlesen_veranstaltung.html)

## NachLESEN! Das Literaturcafé.

Das Literaturcafé ist als „kleine“ Kommunikationszentrale und damit als eine Brücke zwischen Kunst und Literatur im weitesten Sinne als ÜBERBRINGER von Informationen zu verstehen.

Bücher – in jeder Form und aus verschiedenen Sachgebieten – stellen die 1. Säule dar. Des Weiteren ist der Standort auch Galerie. Hier finden in Intervallen von ca. 2 Monaten wechselnde Ausstellungen statt. Vorträge, Lesungen und Musikveranstal-

tungen bieten zudem ein Angebot, so dass unterschiedliche Geschmäcker auf ihre Kosten kommen.

Den gastronomischen Rahmen bietet das CAFÉ, um nicht nur eine inspirierende, sondern auch eine Atmosphäre der Entschleunigung zu schaffen.

Eine „Haltepunkt“ – für Menschen mit ausgeprägtem Spürsinn für die „schönen Dinge“ des Lebens. Und, wenn noch nicht vorhanden, so kann sich hier danach auf die SUCHE begeben werden!

eingestellt haben und demzufolge keine tourismusrelevanten Sortimente offerieren.“ Es ist also an der Zeit, für das Viertel gemeinsam zu überlegen, wie es weitergehen soll.

### Wenigstens Nachparken

Dazu liegen erste Vorschläge auf dem Tisch. Heftig umstritten ist die Überlegung, parkende Autos aus dem Bereich der Innenstraßen herauszunehmen. Völlig klar, dass nicht alle Anwohner darüber erfreut sind. Immerhin handelt es sich um eine Mischnutzung und nicht ein Gewerbegebiet. Die Frage ist, ob es Alternativen gibt. Neben dem Bau eines Parkhauses auf dem ehemaligen DRK-Gelände könnte umgehend der Bassinplatz

zum Nachparken freigegeben werden. Damit wäre zumindest für abendliche Besucher der Gastronomie eine spürbare Entlastung verbunden. Kann man bei den Anwohnern vielleicht noch auf Verständnis für eine Verlagerung von Parkplätzen hoffen, würde bei zusätzlichen Kosten für einen Platz im Parkhaus sicher die Schmerzgrenze überschritten sein.

Der zweite Vorschlag befasst sich mit einem Beleuchtungskonzept. Damit soll dem abendlich wenig anmutenden Eindruck durch eine optische Aufhellung entgegengewirkt werden.

### Ein „Gemischtwarenladen“?

Fakt ist – die Mischnutzung des Viertels erweckt leicht den Eindruck des „Ge-

mischwarenladens“. Ganz eindeutig sind die Zielgruppen nicht. Da mag es die Händler nicht verwundern, wenn Gäste, Kunden und Anwohner mit dem Sortiment und der Darbietung nicht völlig zufrieden sind. Zum Viertel gehört ein einfacher Markt – wie auf dem Bassinplatz, genauso wie die gehobene Variante sonnabends vor dem Nauener Tor. Zum Viertel gehören auch ein Bäcker und eine Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und nicht nur der teure Italiener nebenan. Neben den Touristenströmen leben hier Menschen mit unterschiedlichem Geldbeutel und auch sie gehören zum Holländischen Viertel.

Nicht zuletzt die Anwohner haben neben dem Vorteil, mit Flair und mittendrin zu wohnen, auch die Kehrseite von Lärm, Straßensperrung und steigenden Mieten zu tragen. Wichtig also, dass sich Gewerbetreibende und Anwohner gemeinsam um ihr Quartier bemühen.

Die Stadt hat mit ihren Entwicklungsleitlinien die Voraussetzung geschaffen: „Die Stärkung der Einkaufsinnenstadt... genießt Priorität vor der Stärkung oder Entwicklung anderer Einzelhandelsnutzungen im Stadtgebiet. Ziel ist die dauerhafte Stärkung der Innenstadt... durch Ansiedlung neuer Einzelhandelsbetriebe bzw. Erweiterung bestehender Betriebe bis zum Jahr 2013.“

Fazit: Wie so oft in Potsdam – weltbekannt, aber die Hausaufgaben noch nicht erledigt.



## Leserpost zu „Fahrradstadt Potsdam?“

PaS, Oktober 2008/Seite 12



Morgens beim Frühstück blicke ich auf Trauben von Menschen: Kinder aller Altersklassen, Begleitpersonen für Schulkinder, Kindergartenkinder und viele andere Menschen, die mit unendlicher Geduld die für sie günstige Ampelphase abwarten, um über die Kreuzung zu kommen.

Gerade an der Westseite dieser Kreuzung, direkt vor dem Wohnhaus im italienischen Stil, ist nur ein äußerst schmaler Bürgersteig vor der Ampel (Kreuzung Behlert/Kurfürsten-/Mangerstraße, d. Red.). Die Kinder sind fast nur Millimeter entfernt von dem gerade morgens vorüberausenden Schwerlastverkehr. Als ich vor acht Jahren

nach Potsdam zog, habe ich erwartet, da auch in dieser Zeit viele Baumaßnahmen in diesem Bereich stattgefunden haben, dass Umbaumaßnahmen erfolgen, die das menschliche Leben schützen, aber davon habe ich in Potsdam nichts beobachtet, obwohl die Stadt sehr viel Geld hat – siehe Lange Brücke, Humboldtbrücke, Schlossneubau, Brauhausberg (mit Geldverschleuderung, Niemeyerbezahlung, Bergabtragung mit Vernichtung einer Gartenanlage u.s.w.). Ganz nebenbei: Alle Baumaßnahmen erfolgen zur gleichen Zeit und machen das Wohnen in Potsdam nicht mehr so erstrebenswert.

us

## Gute Voraussetzungen

Aus dem Ortsteil Groß Glienicke berichtet

Zänkischer Ortsteil im Potsdamer Norden – dieser Eindruck konnte in den vergangenen Jahren teilweise entstehen. Die Verwaltung kann ein Lied davon singen.

Die Gemeinde Groß Glienicke entschloss sich 5 Minuten vor 12, dafür aber mit einer deutlichen Mehrheit, für die Eingemeindung nach Potsdam. Ein ordentlicher Eingemeindungsvertrag und ein neugewählter OBR, ein gut funktionierendes Vereinsleben mit großer Vielfalt, tolle Natur (zwei Seen, Wälder freie Feldfluren, selbst ein Naturdenkmal – Giebelfenn), eine recht neue Schule, Planungen für den Straßenausbau und ein genehmigter B-Plan zur Sicherung und Entwicklung des Uferbereiches des Groß Glienicker Sees sollten eine gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung unter dem Man-

tel der Landeshauptstadt Potsdam sein. Doch der Start war grauenerregend, die Ortsbeiräte der Wählergemeinschaft für Groß Glienicke (WGG) wurden über ein Jahr lang ausgegrenzt, der Ortsbürgermeister Merkel (CDU) handelte selbstherrlich und am OBR vorbei, die Arbeit kam nicht in Gang.

Eine positive Entwicklung setzte mit der Wahl von Frau Langenhof (SPD) zur Ortsbürgermeisterin ein.

Die Zusammenarbeit entwickelte sich, erste Projekte wie Straßenausbau, der Bau des Kleinspielfeldes oder auch die Erarbeitung eines Regenentwässerungskonzeptes wurden realisiert. Es zeigte sich, wenn der OBR möglichst geschlossen gegenüber der Stadtverwaltung auftritt, lässt sich einiges erreichen.

Nun ist ein neuer Ortsbeirat gewählt, 6 von 9 Mitgliedern wurden im Amt bestätigt.

Mit der Wahl von Peter Kaminski (WGG) am 22.10.08 zum Ortsvorsteher wird versucht, neue Wege zu gehen. Er wird nach zwei Jahren das Amt an Franz Blaser (SPD) übergeben und dieser dann an Norbert Mensch (CDU). Voraussetzung ist, dass alle Ortsbeiräte konsequent und konstruktiv an der Umsetzung der Schwerpunkte für den Ortsteil arbeiten werden. Strittig ist dabei noch, ob die Vertreter der CDU sich von der Notwendigkeit des Erwerbs eines Großteils der für den freien Zugang zum See notwendigen Grundstücke überzeugen lassen.

Peter Kaminski

## Retten, was noch übrig ist – Jugendkulturkrise in der Innenstadt

Dass es in Potsdam an Räumen für junge Menschen, Sozio- und Alternativkultur mangelt, lässt sich nicht ernsthaft bestreiten. Forderungen nach Abhilfe und Warnungen vor einem toten Preußenmuseum begegnet die offiziell „familienfreundlichste Stadt Deutschlands“ dennoch seit Jahren ohne Verständnis und Konzept im Stadtzentrum. Statt bei der Suche langfristiger Lösungen für den Erhalt und die Schaffung nichtkommerzieller Anlaufpunkte für Jugendliche liegen die Prioritäten im Stadtzentrum klar beim Ausbau neu-preußischer Beschaulichkeit: Ruhe, Ordnung, Sauberkeit – Wiederaufbau statt Gewachsenes.

Gerade im Bereich der Innenstadt gibt die Verdrängung von alternativer und Ju-

gendkultur zugunsten einer zahlungskräftigen Touristen- und Bewohnerklientel den schlimmsten Befürchtungen der 90er Jahre inzwischen Recht. Hinzu kommt, dass eine Reihe von Kultur- und Freiraumprojekten vor dem Aus stehen. Bereits im Frühjahr ging mit der Schließung des „SPARTACUS“ und des „S 13“ als einzigem Jugendklub im Zentrum eine der wichtigsten Anlaufstellen für Potsdams selbst verwaltete Kulturszene verloren. Eine Einigung mit dem Trägerverein über ein Ausweichobjekt konnte bislang nicht erzielt werden, ein Antrag der LINKEN auf Entwicklung des ehemaligen „Café Minsk“ zum Jugendkulturzentrum scheiterte an der Mehrheit der Stadtverordneten.

Wohl nicht ohne Zusammenhang mit der geplanten Luxus-Bebauung der Speicherstadt ist nun auch der Fortbestand des Alternativobjekts „Archiv“ in der Leipziger Straße von baupolizeilicher Sperrung bedroht. Zwar sprach sich der Hauptausschuss am 15. Oktober für einen Erhalt des Standortes aus, doch wird die Umsetzung dieser und manch anderer Versprechen maßgeblich davon abhängen, ob die Betroffenen den mittlerweile aufgebauten Druck auf die politisch Verantwortlichen aufrechterhalten können – und gegebenenfalls bereit sind, sich demonstrativ zu nehmen, was ihnen zusteht – wie jüngst bei der Besetzung der ehemaligen Villa Wildwuchs in Babelsberg.

St. Kühne



## Johannes R. Becher zum 50. Todestag

## Poet und Politiker

Johannes R. Becher, den DDR-sozialisierten Menschen wohlbekannt als Autor der Nationalhymne, die schon bald nicht mehr gesungen werden sollte, weil „Deutschland einig Vaterland“ nicht auf der Tagesordnung stand, oder als Schöpfer des Gedichtes „Der Staat“, das zu jeder möglichen Gelegenheit vorgetragen worden war, oder als erster DDR-Kulturminister und Mitbegründer des Kulturbundes – eine heute umstrittene Persönlichkeit, der Lyriker und Dramatiker aus gutbürgerlichem Haus, der staatstragender Politiker wurde und mit diesem Zwiespalt in dramatischer Zeit leben musste.

Der Brandenburgische Kulturbund hat eine Ausstellung eröffnet zum 50. Todestag Bechers. Auf der Burg Beeskow, wo der letzte DDR-Kulturminister Herbert Schirmer das „Dokumentationszentrum Kunst in der DDR“ initiierte und bis 1998 betreute, besteht heute die „Archivierte Sammlung von Kunst in der DDR“, die auch Grafiken und Fotografien zu Gedichten von Johannes R. Becher, die der Kulturbund 1988 in Auftrag gegeben hatte, behütet hat. „Es sind Blätter aus der Realität der DDR“, sagte der Becher-Experte Hans-Peter Klausnitzer in der Einführung, es seien eigene Kunstwerke, zu denen sich die Künstler „die besten Texte und klügsten Gedanken“ ausgewählt hatten. Und derer sind – abseits der landläufig bekannten – gar viele. Wolfgang Mattheuer, Ulrich Hachulla, Heidrun Hegewald, Christine Perten und viele andere hatten Becher-Gedanken in die damalige Jetzt-Zeit entwickelt, waren aber auch in Widerspruch gegangen.

„In Licht und Finsternis“ ist die Ausstellung überschrieben – die Überschrift eines Gedichtes, das Becher 1958 verfasste, das 1973 erstmals veröffentlicht wurde und das heute gut als tief sinniger Nachruf auf die untergegangene DDR verstanden werden kann. („Zu höchster Men-

schenwürde sich erhebend, / Ein ganzer Mensch und überlebensgroß, / Zugleich erniedrigt, zitternd und erbebend / Vor Ängsten nächtlich, nichtig, würdelos:

So haben wir gelebt in jenen Jahren. / Wir wuchsen auf zu einer Übermacht / Und waren machtlos, wie wir niemals waren, / Denn keine Macht half uns vor dem Verdacht: / Ein jeder war dem anderen verdächtig. / Ein jeder war des anderen ungewiß, / – So hoch gestiegen und so niederträchtig! – War unsre nicht die größte der Epochen? / Und wessen Tür wird heute Nacht erbrochen? / So leben wir in Licht und Finsternis.“)

„Es sind eben lyrische Texte, die sich nicht dem Zeitgeist geschlagen geben“, sagte Hans-Eckardt Wenzel, der Komponist und Liedsänger, der gerade 14 Gedichte Bechers vertont hat und eine Woche lang im MDR Kulturradio täglich eines zu dessen Todestag gesungen hatte. In einem Konzert stellte Wenzel bei der Ausstellungseröffnung einige Becher-Lieder vor. „Becher ist ein Lyriker, bei dem man die Zerrissenheit fühlt“, sagte Wenzel zwischendurch, „seine Texte sind für

## Rosa-Luxemburg-Stiftung

Donnerstag, 20. November 2008,  
19 Uhr  
Potsdam, Dortustr. 53, Geschäftsstelle  
(Atrium)

## Sprachrebell, Gottsucher und Stalinhymniker – was bleibt vom Staatsdichter der DDR?

Zum 50. Todestag von Johannes R. Becher  
Vortrag und Diskussion mit Dr. Jens-Fietje Dwars (Jena)  
Moderation: Prof. Dr. Siegfried Prokop



Hans-Eckardt Wenzel beim Becher-Konzert in Beeskow.

mich ein Erlebnis, bei dem ich dem nachspüre, was er mit mir anstellt.“

Die Ausstellung auf der Burg Beeskow ist bis zum 11. Januar (Dienstag bis Sonntag 11 bis 17 Uhr) geöffnet.

Die CD mit Becher-Liedern von Wenzel erscheint unter dem Titel „Sterne glühen“ zum Ende dieses Jahres.

Eine Auswahl von hundert Becher-Gedichten ist gerade von Jens-Fietje Dwars im Aufbau-Verlag erschienen.

-rd-



Hinrich Enderlein, der Vorsitzende des Brandenburger Kulturbundes, und Becher-Experte Hans-Peter Klausnitzer bei der Ausstellungseröffnung in Beeskow.



Hans-Eckardt Wenzel und Hans-Peter Klausnitzer vor einem Ausstellungsbild von Hans-Hendrik Grimmling zu „Trostdied“ – einem der von Wenzel vertonten Gedichte.

## „Die Russen sind nicht unsere Feinde“

Vorgestellt: Rudi Slolina – Vorsitzender der Interessengemeinschaft „Verfolgte des Naziregimes“  
Potsdam und Umgebung

Jahrgang 21 – da schaut man auf 88 Jahre eines Lebens dazwischen, das schlechte und bessere Zeiten gesehen hat. Jahre eines Lebens, aus dem erzählt werden muss, so lange es Zeitzeugen gibt. In einfachen Verhältnissen aufgewachsen, wurde der junge Rudi Slolina nach der Lehre zum Maurer in die Wehrmacht eingezogen und sollte – wie so viele – für den faschistischen Krieg an der Eroberung Russlands teilnehmen. Das gerade begonnene Studium an der Ingenieurschule Görlitz konnte nicht abgeschlossen werden. Aus einem unpolitischen Elternhaus kommend, gab ihm der Vater eines mit auf den Weg: „Die Russen sind nicht unsere Feinde.“ Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit – er diente bei den Aufklärern – desertierte der Wehrmachtssoldat und lief 1941 zur Roten Armee über. Auf diese Weise zum aktiven Antifaschisten geworden, nutzte er die



Zeit der Gefangenschaft bis 1948 zur Aneignung gesellschaftswissenschaftlicher

Kenntnisse an der Antifaschule. Rudi Slolina wirkte aktiv im Nationalkomitee Freies Deutschland.

Nach der Rückkehr schickte die Partei den jungen Genossen (Eintritt 1948) auf die Parteihochschule, die ihn gleich als Lehrer da behielt. So war das damals in den Zeiten des Neubeginns. Es folgten Tätigkeiten an der Potsdamer SED-Kreisleitung und später beim Ministerrat der DDR.

Stolz ist er auf die drei Kinder, die alle die Chance eines Studiums wahrgenommen haben. So blickt Rudi Slolina keinesfalls mit Wehmut zurück auf die Zeit vor der Wende. Er hat sich einen kritischen Blick bewahrt. So war er damals gegen die Sprengung der Garnisonkirche und sieht auch heute vieles differenziert. Es ist seine bescheidene, ruhige Art, die ihm als Antifaschist Glaubwürdigkeit verleiht. *-ph-*

*Die vor einem Jahr verstorbene letzte deutsche Häftlingsfrau von Mauthausen, Vera Mitteldorf (Berlin), erinnerte sich: „Ich denke an die drei jungen Mädchen, so alt wie ich damals (15 J.), die aus verschiedenen Ländern als Jüdinnen im KZ waren, die wir uns gegenseitig halfen und trösteten, und die nach der Befreiung 1945 nach Israel, Amerika und Österreich auseinander gingen. Ich denke aber auch an den Arzt in amerikanischer Uniform, der mir durch seine Hilfe Medikamente und Traubenzucker zukommen ließ und mir damit in fast letzter Minute neuen Lebensmut einflößte. Gern erinnere ich mich an Alfred Reinert, Willi Rentmeister, Bruno Baum und viele andere ... , die mir durch Worte Kraft gaben und mich auf meinem weiteren Lebensweg begleiteten...“.*

### Gedenkreise

*Im Gedenken an die von Tausenden Häftlingen aus Deutschland und ganz Europa gebrachten Opfer unternimmt das „Deutsche Mauthausen Komitee Ost“ alljährlich eine Reise zu den Befreiungsfeiern in Mauthausen und seiner Nebenlager.*

*Wir laden dazu bereits jetzt zur Gedenkreise vom 06. – 11. Mai 2009 herzlich ein. Interessenten bitte melden bei: Dr. Ludwig Einicke, Tel. 039483/976392 oder 0172/3158418; E-Mail: l.einicke@web.de*

## Vor 70 Jahren

Am 08. August 1938 wurden die ersten 300 Häftlinge – deutsche und österreichische fast ausschließlich als „kriminell“ und „asozial“ eingestufte – aus Dachau in die Steinbrüche von Mauthausen/Oberösterreich zum Aufbau des KZ überstellt. Sie wurden bewacht von 80 Angehörigen des Dachauer SS-Totenkopfverbandes, die den Grundstock der SS-Bewacher in Mauthausen bildeten. Bis Ende 1938 wurden über 1000 Häftlinge aus Dachau und Sachsenhausen eingewiesen. Der erste Kommandant des zunächst als Nebenlager des KZ Dachau deklarierten Lagers war Albert Sauer. Damit begann die Geschichte eines der grausamsten Vernichtungslager der Nazis: Mauthausen, in einer Geheimverfügung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) vom 02. Februar 1941 in die Lagerkategorie III (Rückkehr unerwünscht, rasche physische Liquidierung!) eingestuft.

In Österreich, dem in „Ostmark“ umbenannten Teil Hitler-Deutschlands, entstanden neben dem sog. Mutterlager in den Folgejahren noch 49 Nebenlager, von denen die bedeutendsten waren: Gusen; Melk, Ebensee, Linz I, II und III, Steyr, Wien, Loiblpaß Nord und Süd. Sie alle dienten im Zuge der zunehmenden Arbeitskräfteknappheit in der Rüstungsindustrie (bes. V-Waffen- und Flugzeugproduktion) der Sicherung der Kriegsziele der Nazis und waren bestens geeignet, die Arbeitskraft „Häftling“ bis zur physischen Vernichtung durch Arbeit auszubeuten.

Die Zahl der in den Steinbrüchen von Mauthausen und Gusen eingesetzten Häftlinge stieg von Jahr zu Jahr. Mitte

1940 waren es bereits 3600. Weiter wurden 1940 ca. 11.000 und 1941 ca. 18.000 Häftlinge eingewiesen. Die hohe Todesrate (1938 – 36 Tote, 1939 – 445 Tote, 1940 – 3846 Tote, 1941 – ca. 8000 Tote) war eine Folge der SS-Strategie, die Arbeitskraft Häftling durch systematischen Terror mobil zu halten – aber unter den Bedingungen minimaler Nahrung, Bekleidung und Ruhe. Seit Kriegsbeginn kamen neue Personengruppen (Kriegsgefangene, gefangene Partisanen usw.) in das Lager, um die „verbrauchten“ und „verstorbenen“ Häftlinge zu ersetzen. So stieg trotz der hohen Todesrate die Zahl der Häftlinge in Mauthausen und den inzwischen errichteten Nebenlagern ständig an.

Neben der Arbeit in den Steinbrüchen wurden Häftlinge in Österreich besonders in der zweiten Kriegshälfte als Arbeitskräftereserve zur Zwangsarbeit in der Rüstungs- und Bauindustrie eingesetzt. In Mauthausen, Gusen und einigen Nebenlagern (Melk, Ebensee, Steyr, Wien, Schlier-Redl-Zipf, Peggau und Leibnitz u.a.) spielte die Rüstungsproduktion (Flugzeug-, Flugmotoren- und Raketenproduktion) z.B. für Messerschmitt, Heinkel, Steyr-Daimler-Puch, Flugmotorenwerke Ostmark usw. eine besondere Rolle. Steyr-Daimler-Puch AG war der erste Konzern, der enge Kontakte zur SS pflegte. Die Fa. Messerschmitt AG produzierte in Gusen Flugzeugteile und Flugzeuge vom Typ Me 109.

Im Frühjahr 1944 begann in St. Georgen a.d. Gusen der Ausbau von Stollenanlagen (Tarnbezeichnung „Kellerbau“ und „Bergkristall“) in einer Länge von 7 km, ei-

ner Breite von 6 – 8 Metern und Höhe von 10 – 15 Metern, die den genannten Rüstungskonzernen und dem Forschungsinstitut der Technischen Hochschule Wien dienten.

10 352 Häftlinge waren (Jan. 1944) vorwiegend beim Bau von unterirdischen Anlagen, im Stollenbau (Ebensee, Melk, Schlier) eingesetzt, wohin die Rüstungsproduktion (z.B. V-Waffen) verlagert werden sollte.

Anfang März 1945 betrug die Zahl der registrierten Insassen über 84.000. Insgesamt wird die Zahl der Häftlinge auf über 200 000 geschätzt, von denen mehr als die Hälfte die Befreiung am 05. Mai nicht erlebte. Noch am 28. April 1945 wurden in der Gaskammer des Lagers Mauthausen Häftlinge ermordet. Das Krematorium, geliefert von der Fa. „Topf & Söhne“ aus Erfurt, war der Zahl der Toten nicht mehr gewachsen. Unweit des Lagers wurde ein Massengrab ausgehoben, in dem etwa 10 000 Tote begraben wurden.

Mauthausen war aber auch in vielen Situationen Solidarität, Widerstand und Hoffnung, wie auch die deutschen ehem. Häftlinge dieses Lagers Roman Rubinstein, Willi u. Robert Rentmeister, Hans Müller, Otto Wiesner, Bruno Baum, Franz Dahlem, Herwin Haupt, Otto Wahl, Ludwig Einicke, Wilhelm Hunger, Herbert Heeklotz, Rudolf Pfützner u.a. in ihren Erinnerungen im Buch „Aktenvermerk R.u.“ (Rückkehr unerwünscht) berichten.

Am 05. Mai 1945 wurde das KZ Mauthausen von Truppen einer US-Panzerabteilung befreit. *Dr. Ludwig Einicke*



## Sport- und Freizeitflächen am Babelsberger Park

Am 21. September 2008 veranstaltete die Bürgerinitiative Babelsberger Park eine Fahrraddemonstration mit dem Anliegen, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) anzuhalten, die restriktiven Regelungen gegen Fahrradfahrer – insbesondere Kinder und Jugendliche – unserer Stadt zu lockern und Fahrradfahr- und Mitführverbote in den Parks generell, aber vor allem auf Schulwegstrecken, aufzuheben.

Am Rande der Demonstration wurde für ein weiteres heißes Eisen sensibilisiert (Foto). Die Stadt Potsdam hat im Entwurf zum Flächennutzungsplan 2008 (FNP-Entwurf 2008) Grünflächen zwischen Nutheschnellstraße und Babelsberger Park als historische Parkanlage ausgewiesen. Ursprünglich waren diese Flächen im FNP-Entwurf 2006 als allgemeine Grünfläche dargestellt. Dies hätte gemäß Systematik der Flächennutzungsplanung eine Nutzung als Fläche für Sport und Freizeit eingeschlossen.

Bei zahlreichen Bürgern Babelsbergs und den in Babelsberg ansässigen Sportvereinen Concordia Nowawes und Babelsberg 03 stieß diese „Umplanung“ auf Unverständnis, da die Grünflächen am Rande des Babelsberger Parks die einzig verfügbare Flächenreserve für den mit Sportflächen unterversorgten Stadtteil Babelsberg darstellt. Die Unterversorgung hatte der Fachbereichsleiter Stadtplanung, Herr Kahle, in einem Zeitungsbericht der MAZ bestätigt. Bei Babelsberg 03 mussten in dieser Saison auch aufgrund fehlender Trainingsplatzkapazitäten Nachwuchsmannschaften abgemeldet werden. Die Trainingsgruppe von Concordia Nowawes mit 30 Kindern sucht eine eigene Trainingsstätte mit festen Zei-



ten in Babelsberg und ist derzeit auf das Wohlwollen anderer Vereine angewiesen. Babelsberg gehörte in den vergangenen Jahren zu den geburtenstärksten Stadtgebieten. Wenn in wenigen Jahren die zahlreichen Babelsberger Kinder in das entsprechende Alter kommen, wird sich der heute bereits bestehende Engpass bei Sportflächen weiter verschärfen.

Aus verschiedenen Gründen bietet sich die vom SV Babelsberg 03 bereits seit längerem ins Gespräch gebrachte Fläche für Trainingsbetrieb und Freizeitsport an. Sie ist topographisch gut geeignet, da sie keinerlei Gefälle oder Geländesprünge aufweist. Die Rampe zur Brücke über die Nutheschnellstraße – das sogenannte Nutheohr – soll ohnehin im Rahmen des Umbaus der Schnellstraße weichen, so dass sich das zur Verfügung stehende Gelände vom Mühlentor bis zur Havel (ca. 600 m x 120 m) erstreckt. Zum Vergleich: ein wettkampftaugliches Großspielfeld ist in der Regel ca. 105 m lang und 68 m breit.

Aber auch aus anderen Gründen bietet sich die Fläche am Babelsberger Park für Sportplätze an: Das Gelände liegt zentral und ist gerade für Kinder und Jugendliche gut und sicher per Fahrrad und ÖPNV erreichbar. Die Flächen befinden sich derzeit im Eigentum der Stadt Potsdam. Lärmempfindliche Anwohner – ein heute häufiges Problem bei Sportflächen – sind nicht zu erwarten, da die nächste Wohnbebauung in Zentrum Ost bereits so errichtet wurde, dass die Lärmimmissionen der Schnellstraße keinen störenden Einfluss auf die Bewohner haben.

Auch die SPSP würde von der Anlage von Sport- und Freizeitflächen in unmittelbarer Nähe des Parkes Babelsberg profitieren, da der Nutzungsdruck auf die Parkflächen für sportliche Betätigung sinken dürfte. Die Charta von Florenz, ein Regelwerk für denkmalgeschützte und historische Parkanlagen, fordert sogar, „außerhalb der historischen Gärten Anlagen für lebhaftere und rauhe Spiele wie auch für den Sport zu schaffen, so dass diese gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigt werden.“

Da offensichtlich keine alternativen und ähnlich geeigneten Flächen zur Verfügung stehen, haben sich erfreulicherweise alle Parteien im Vorfeld der Kommunalwahlen für die Errichtung von Sport- und Freizeitflächen am Babelsberger Park ausgesprochen. Man darf gespannt sein, was davon nach der Wahl dauerhaft übrig bleibt. Wichtig wären zunächst die Rücknahme der Ausweisung als historische Parkanlage im Flächennutzungsplan und die Aufnahme des Vorhabens in die Investitionsplanung der Stadt Potsdam. Jens Lüscher

### Spielansetzungen Babelsberg 03

- 13. Spieltag: So., 16.11.2008, 14.00 Uhr: Hamburger II vs. Babelsberg 03
- 14. Spieltag: Fr., 21.11.2008, 19.00 Uhr: Babelsberg 03 vs. Hertha BSC Berlin II
- 15. Spieltag: Fr., 28.11.2008, 19.00 Uhr: VfL Wolfsburg II vs. Babelsberg 03
- 12. Spieltag: Mi., 03.12.2008, 19.00 Uhr: Babelsberg 03 vs. Hallescher FC
- 16. Spieltag: So., 07.12.2008, 14.00 Uhr: Babelsberg 03 vs. VFC Plauen
- 17. Spieltag: Fr., 12.12.2008, 19.00 Uhr: FC Sachsen Leipzig vs. Babelsberg 03
- 18. Spieltag: Sa., 20.12.2008, 14.00 Uhr: VfB Lübeck vs. Babelsberg 03

## Innenministertreffen in Potsdam ist Anlass für Jugendproteste

Das Land Brandenburg sitzt in diesem Jahr der Innenministerkonferenz (IMK) vor, in deren Rahmen mehrmals jährlich die Innenminister der Länder und des Bundes zusammentreten, um sich über Fragen der inneren Sicherheit, der Überwachung oder des Ausländerrechts auszutauschen. Vom 19. bis 23. November tagt die Innenministerkonferenz im Potsdamer Dorinthe-Hotel zum 187. Mal.

Das bundesweite Netzwerk „Jugendliche ohne Grenzen“ nimmt das Treffen zum Anlass, um mit einer par-

allel stattfindenden Konferenz auf die Lage junger Flüchtlinge in Deutschland aufmerksam zu machen. Hier sollen Themen wie Abschiebung, Residenzpflicht und fehlende Ausbildungsmöglichkeiten diskutiert werden. Höhepunkt ist die Wahl zum „Abschiebeminister 2008“.

Unter dem Motto „Bleiberecht für alle! Kinderrechte jetzt!“ rufen mehr als 100 Organisationen und Einzelpersonen für den 20. November zu einer bundesweiten Demonstration auf. Am Tag der Kinderrechte soll das

Recht auf ein Leben in Würde und Gleichberechtigung eingefordert werden: „Vor allem die Innenminister blockieren die volle Umsetzung der UNO-Kinderrechte, denn sie wollen weiterhin Minderjährige in Abschiebehaft nehmen können, zwangsweise ‚zurückführen‘ und schon 16-Jährige ohne jede Hilfe in das Asylverfahren schicken. So gilt bis heute nicht einmal in allen Bundesländern die Schulpflicht für junge geduldete Flüchtlinge“, heißt es in dem Aufruf. Die Auftaktgebung beginnt um 17.00 Uhr auf dem Platz der Einheit.

## Bekennnisse gegen rechts reichen nicht aus

Der jüngste Überfall von Rechtsextremen auf einen jungen kommunalen Abgeordneten der LINKEN in Premnitz macht deutlich, was dem einen oder anderen schon länger bekannt ist: Rechte Gewalt ist zunehmend keine Ausnahme mehr, sondern längst Alltag für diejenigen, die nicht in das fremdenfeindliche Menschenbild der Neonazis passen. Dies mussten im Oktober auch der 27-jährige Björn Mooshagen und seine Freunde spüren. An einer Bushaltestelle, unweit des zuvor verlassenen Jugendclubs, wurden sie von stadtbekanntem Rechten mit Pfefferspray angegriffen und wehrlos am Boden liegend unter anderem gegen den Kopf getreten. Auch wenn es den Opfern wieder halbwegs gut geht und der Hauptangreifer festgenommen werden konnte, so werden sie mit der Verar-

beitung dieses Vorfalles noch eine Weile zu kämpfen haben.

Der Überfall reiht sich ein in eine landesweite Entwicklung. Die Opferperspektive Brandenburg hatte erst im Juli darauf hingewiesen, dass die Zahl rechter Gewalttaten im Jahr 2007 auf 151 bekannte Fälle angestiegen sei (vgl. 2006: 140). Innenminister Schönbohm hingegen spricht weiterhin von einem Rückgang solcher Fälle, bezieht sich dabei aber auf das Jahr 2004 zum Vergleich. Dieses Vorgehen zeugt nicht gerade davon, dass das Problem der zunehmenden Gewalt durch Rechtsextreme im Innenministerium ausreichend ernst genommen wird.

Katharina Dahme, Landessprecherin der Linksjugend, fordert endlich Taten statt Worte: „Es reicht

nicht aus, sich in lokalen Bündnissen gegen rechts zu engagieren und die Jugend zu mehr Engagement aufzufordern, vielmehr müsse man endlich selbst auf die Straße gehen. Zuletzt wurde antifaschistisches Engagement immer häufiger kriminalisiert, der Protest gegen Neonazis in vermeintlich gut und böse gespalten. Es braucht endlich ein ernst gemeintes, gemeinsames Vorgehen gegen das Erstarken der Rechtsextremen.“

Der sozialistische Jugendverband tritt seit Jahren dafür ein, dass mehr öffentliche Gelder in Projekte gegen rechts investiert werden. Doch auch Investitionen in Bildungs- und Sozialpolitik spielen bei der Prävention von wachsendem rechtem Gedankengut eine wichtige Rolle. Es wird Zeit für einen Sinnes- und damit einhergehenden Politikwandel.

**in medias res  
Neue Lieder**

14. November 19.30 Uhr:  
Eine gelungene Mischung  
aus Chanson, romanti-  
schem Lied und Protestsong  
bieten Sebastian Lohse (Ge-  
sang) und Clemens Pötsch  
(piano) als in medias res im  
Bürgerhaus am Schlaatz.  
Erste Hörproben unter  
[www.inmediasres-neulieder.de](http://www.inmediasres-neulieder.de)

**Wohnen im Alter**

Wie wollen oder können äl-  
tere Einwohner der Stadt  
Potsdam im Alter wohnen?  
Darüber hat die Arbeits-  
gruppe „Wohnen im Alter“  
des Seniorenbeirates der  
Stadt Potsdam nachgedacht  
und möchte das Ergebnis ih-  
rer Überlegungen an die in-  
teressierten Bürger weiter-  
geben. Ganz entscheidend  
ist die Erkenntnis: Nur wenn  
das Wohnen im Alter recht-  
zeitig geplant und noch von  
jedem selbstbestimmt ge-  
staltet wird, kann es gelin-  
gen, bestehende Ansprüche  
und vorhandenes finanziel-  
les Leistungsvermögen so  
gut wie möglich in Überein-  
stimmung zu bringen.  
Sie können mit uns sprechen  
im Bürgerhaus am Schlaatz  
am 12.11.08 und am 10.12.08  
jeweils von 10.00-12.00 Uhr

**Ausstellung „Achterwasser“ im Parteihaus**

Harald Herzel, Jahrgang 1941, hat als  
Kunsterzieher und Deutschlehrer gear-  
beitet und war in den achtziger Jahren  
als Fachschuldozent am Institut für  
Lehrerbildung Potsdam und seit 1991 als  
Hochschullehrer in den Studiengängen  
Kunst an der Universität Potsdam tätig.

Die Ausstellung zeigt Landschaftsma-  
lerie in den unterschiedlichsten Techni-  
ken, mit Acryl, Eitempera, Aquarell und

Mischtechniken sowie Collagen als Er-  
gebnis der ästhetischen Auseinander-  
setzung mit der Usedomer Landschaft. Die-  
se Arbeiten entstanden während der  
Sommerpleinairs, die der Künstler mit  
Studenten im Ferienatelier Kurt-Heinz  
Sieger in Zempin durchgeführt hat.

**Eröffnung am 21. November 2008,  
17.00 Uhr, in der Alleestraße 3.**

**Verbraucherzentrale hilft  
mit Musterbrief gegen  
überzogene Gaspreise**

Vielen Verbrauchern, die den Gaspreisen  
widersprochen haben, drohen derzeit die  
Versorger mit einer Klage. Solche Ein-  
süchtigerungsversuche sollte man konse-  
quent zurückweisen und dabei folgende  
Tipps der Verbraucherzentrale beachten:

- Weisen Sie unberechtigte Forderungen  
weiterhin zurück - nachweislich per Ein-  
wurf-Einschreiben.

- Kennzeichnen Sie bei künftigen Zah-  
lungen genau, wofür Sie zahlen, zum Bei-  
spiel „Abschlag Gas / Monat Oktober“.

- Stellen Sie klar, dass sich Ihr Einwand  
nicht nur auf eine Erhöhung, sondern den  
„gesamten erhöhten Preis“ bezieht.

- Beschränken Sie die Einzugsermächti-  
gung auf die von Ihnen akzeptierte Sum-  
me. Gibt der Anbieter die Einzugsermäch-  
tigung zurück, überweisen Sie die Ab-  
schlagszahlungen dann in der alten Höhe.

- Risikoarm ist die Kürzung auf das zu-  
letzt ohne Widerspruch akzeptierte Preis-  
niveau. Riskanter ist eine stärkere Kür-  
zung, gerade wenn man bisher ohne Be-  
anstandung bezahlt hat. In beiden Fällen  
empfiehlt es sich, mit der Kürzung nicht  
unter das bei Vertragsbeginn geltende Ni-  
veau zu gehen.

- Leisten Sie zur Sicherheit alle Zahlun-  
gen unter Vorbehalt.

Im Zweifelsfall berät die Verbraucher-  
zentrale (Beratungszentrum in der Bahn-  
hofspassage, Lange Brücke 2) und hilft mit  
einem Musterbrief weiter, der mit vielen  
Tipps auch kostenlos aus dem Internet  
unter [www.vzb.de](http://www.vzb.de) heruntergeladen  
werden kann. -ed-

**• tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine****Sonnabend, 08.11.2008, 14.00 Uhr:**

Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore  
im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träu-  
men“ in einem Livekonzert der besonderen Art  
mit der kleinen Band „Turlough“.  
\*\* Dahlweid

**Montag, 10.11.2008, 13.30 Uhr:**

„Heiteres aus dem täglichen Leben – ein Wie-  
dersehen mit Eva Dobrzinski“  
Ein musikalisch-literarischer Nachmittag mit  
„Heiteren Geschichten aus dem täglichen Le-  
ben“ (Teil 1). zusammengetragen und erzählt  
von Frau Eva Dobrzinski.  
\*\* Dahlweid

**Dienstag, 11.11.2008, 14.30 Uhr:**

„Von der Havel an die Moldau – mit Kamera  
und Kochbuch unterwegs an der Moldau“ Eine  
interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder  
– fremde Kulturen – nahegebracht“ mit Dr.  
Rolf Rönz.  
\*\* Dahlweid

**Dienstag, 11.11.2008, 18 Uhr/Mittwoch,  
12.11.2008, 10 bis 16 Uhr:**

12. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und  
Deutschlandpolitik  
Deutsch-südafrikanische Beziehungen: DDR –  
Bundesrepublik – vereinigt Deutschland  
Vorträge und Podiumsdiskussionen mit: Dr.

Hans-Georg Schleicher (Berlin), Prof. Dr. Hans-  
Joachim Vergau (Berlin), Prof. Dr. Siegmund  
Schmidt (Landau), Dr. Ulrich van der Heyden  
(Berlin), Dr. Klaus Freiherr von der Ropp (Pots-  
dam), Hein Möllers (Bonn), Gerd-Rüdiger Step-  
han (Berlin/Johannesburg), Eric Singh (Berlin),  
Simon Mohale (Johannesburg), Pokologo Ma-  
leka (Wernigerode), Martin Ling (Berlin).  
Potsdam, Altes Rathaus – Potsdam Forum, Am  
Alten Markt

**Freitag, 14.11.2008, 10 Uhr:**

Gesprächskreis Lebenszeit – Arbeitszeit  
Zukunft der Arbeit – Zukunft der Nichtarbeit  
Diskussion der Texte für den Sammelband;  
Moderation: Rosalind Honig (Potsdam)  
\*RLS

**Sonntag, 16.11.2008, 11 Uhr:**

MATINEE am SONNTAG. 5. Folge: Petra Kelling  
in „Schauspieler – Texte – Meinungen“  
Moderation: Claus Dobberke, Potsdam,  
Kabarett Obelisk, Charlottenstraße 31

**Montag, 17.11.2008, 14.30 Uhr:**

„Im Regenwald Afrikas – Sonne und Regen im  
Überfluss“ Ein Video-Spaziergang mit Karl  
Kreutz.  
\*\* Dahlweid

**Dienstag, 18.11.2008, 18 Uhr:**

„Die Welt, in der wir leben“. Probleme und Wi-  
dersprüche im politischen System Polens  
\*RLS

**Dienstag, 18.11.2008, 14.00 Uhr:**

Musikalischer Rätselnachmittag mit Manfred  
Bischoff und seinem Akkordeon  
\*\* Dahlweid

**Donnerstag, 20.11.2008, 19 Uhr:**

Sprachrebell, Gottsucher und Stalinhymniker –  
was bleibt vom Staatsdichter der DDR?  
Zum 50. Todestag von Johannes R. Becher  
\*RLS

**Montag, 24.11.2008, 14.30 Uhr:**

Im Gespräch mit unserem Rechtsanwalt „Darf  
der Mensch ‚sein Licht‘ selbst auslöschen?“ Ge-  
sprächsrunde über wichtige Rechtsfragen des  
Alltags mit dem Rechtsanwalt und Notar, Karl-  
heinz Sendke.  
\*\* Dahlweid

**Dienstag, 25.11.2008, 14.30 Uhr:**

Im Gespräch mit unserem Stadtverordneten  
„Nach der Kommunalwahl 2008 – Parteien –  
Ausschüsse – Personen“ Eine erste Analyse von  
Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus  
Zentrum-Ost.  
\*\* Dahlweid

**Dienstag, 25.11.2008, 18 Uhr:**

Gebrauchsanleitung für deutsche Medien. 16.  
Veranstaltung: „Mattscheibe – als das Fernse-  
hen seinen Geist aufgab“  
\*RLS

**Mittwoch, 26.11.2008, 13.30 Uhr:**

„18, 20, Buben ‚raus“ Skatturnier unter Leitung  
von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Ku-  
nicke.  
\*\* Dahlweid

**Freitag, 28.11., 18.00 – 21.00 Uhr/Samstag,  
29.11.2008, 9.00 – 17.30 Uhr:**

Ernst Bloch (1885 – 1977): Ist das „Prinzip Hoff-  
nung“ hoffnungslos antiquiert?  
\*RLS

**Montag, 01.12.2008, 14.30 Uhr:**

„Es weihnachtet schon – das Licht in der Vor-  
weihnachtszeit“, Diavortrag in Überblendtech-  
nik mit Walter Heller.  
\*\* Dahlweid

\*RLS Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg,  
Dortustr. 53, Potsdam

\*\* Dahlweid-Stiftung, Edisonstraße 11, Zen-  
trum-Ost